

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig.
Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Dezember 2013



Wettbewerb statt Förderpolitik

„Die Soziale Marktwirtschaft ist ein wesentlicher Teil unserer freiheitlichen, offenen und solidarischen Gesellschaft. Mit ihr haben wir einen bewährten Kompass, der Wohlstand und Vollbeschäftigung ermöglicht und zugleich den sozialen Ausgleich und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land festigt.“ – So steht es im von CDU, CSU und SPD nach mehrwöchigen Verhandlungen vorgelegten Koalitionsvertrag. Bei der Lektüre der 185 Seiten langen Vereinbarung merkt man allerdings, dass die angehenden Koalitionäre Ludwig Erhard nicht gelesen haben: In der Wirtschafts- und Sozialpolitik planen sie zahlreiche Förderungen, im Großen – zum Beispiel die Energiewende – und Kleinen – beispielsweise die „Wirkstoffforschung im Bereich der Antibiotika zur Bekämpfung von Multiresistenz und Sepsis“.

Bei Ludwig Erhard findet man dagegen: „Wenn und wo die Funktion des Marktes durch das Walten der Funktionäre und der Wettbewerb durch eine Lenkungsbürokratie ersetzt wird, ist es mit der Leistungsverbesserung der Wirtschaft vorbei: Dann ist es aber auch um die soziale Wohlfahrt und den menschlichen Wohlstand geschehen.“

Soziale Marktwirtschaft baut auf Freiheit und Verantwortung und damit im Ökonomischen auf Wettbewerb. Oder in den Worten Erhards: „Die Anpassung der Produktion an den Verbrauch erfolgt in der Marktwirtschaft unsichtbar, aber sie ist viel wirksamer, und vor allen Dingen: Sie geschieht viel schneller und exakter als die starre, jeweils auf lange Zeiträume vorausschauende nationale Planung. Woher sollte denn auch ein Staat und seine Bürokratie wissen, was dem Wohle vieler Millionen Menschen frommt? Die das am besten wissen, sind die Menschen selbst, die in freier Konsumwahl ihre Bedürfnisse decken wollen.“

Der Staat muss mit einem ordnungspolitischen Rahmen dafür sorgen, dass niemand die Verantwortung für sein Tun oder Lassen abstreifen kann. Das wäre – vor allem mit Blick auf den Finanzsektor – Aufgabe genug.

Lars Vogel

Schoko-Festtagsgrüße

Dieses Jahr verließen rund 144 Millionen Nikoläuse und Weihnachtsmänner aus Schokolade die Produktionsbänder, so das Ergebnis einer Umfrage des Bundesverbandes der Deutschen Süßwarenindustrie (BDSI) bei seinen Mitgliedern. Rund 96 Millionen Schoko-Figuren wurden in den letzten Wochen an den deutschen Handel ausgeliefert. Die restlichen Exemplare wurden in die europäischen Nachbarländer, aber auch nach Australien, Indien, Japan und in die USA exportiert.

Das Gerücht vom Einschmelzen oder Umverpacken übrig gebliebener Weihnachtsmänner – zum Beispiel in Schoko-Osterhasen – gehört dem BDSI zufolge ins Land der Mythen. Die Saisonartikel seien stets aus frisch hergestellter Schokomasse gefertigt. Alles andere würde den Qualitätsansprü-

chen nicht genügen. Die Umwidmung von Saisonware sei zudem weder gesetzlich erlaubt noch ökonomisch sinnvoll. Nach den Feiertagen würden die Saisonartikel zu reduzierten Preisen angeboten oder kostenlos an gemeinnützige Organisationen weitergegeben.
<http://goo.gl/G64Elf>

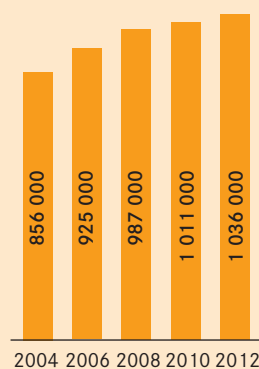
Hilfe vom Staat

Zum Jahresende 2012 haben knapp 7,25 Millionen Menschen in Deutschland Leistungen aus der sozialen Mindestsicherung erhalten. Das waren neun Prozent der Bevölkerung, wie das Statistische Bundesamt Mitte November mitteilte. Zur sozialen Mindestsicherung zählen beispielsweise die Grundsicherung für Arbeitsuchende – geläufiger: Hartz IV –, die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung oder Hilfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Im Vergleich zum Vorjahr blieben sowohl die Anzahl der Empfänger als auch ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung nahezu unverändert. Ein Blick auf die einzelnen Transferleistungen zeigt: Die Anzahl der Hartz-IV-Empfänger – die größte Gruppe der Empfänger von sozialer Mindestsicherung – ging von 2011 bis 2012 um 1,3 Prozent auf 6,04 Millionen Personen zurück. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger ist dagegen gestiegen, und zwar um 6,3 Prozent auf 1,01 Millionen Personen. Den stärksten An-

Schokolade

Produktion in Tonnen



Quelle: Bundesverband der Deutschen Süßwarenindustrie

stieg bei der staatlichen Unterstützung – mit einem Zuwachs von 15 Prozent – gab es bei Berechtigten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

<http://goo.gl/2lITmm>

Erstsemester

506 600 Erstsemester hat das Statistische Bundesamt in Wiesbaden für 2013 gezählt; das waren zwei Prozent mehr als im Vorjahr (495 000), aber weniger als im bisherigen Rekordjahr 2011. Damals hatten sich 518 700 junge Menschen erstmals an einer Hochschule eingeschrieben. Weitere Zuwächse bei den Erstsemesterzahlen schließen die Statistiker nicht aus. Es sei jedoch davon auszugehen, dass sich die Zahl der Studienanfänger bei etwa einer halben Million jährlich einpendeln werde.

Drei Gründe seien für die Entwicklung maßgeblich: Derzeit verlassen besonders geburtenstarke Abiturjahrgänge die Gymnasien. Zudem bestehe ein allgemeiner Trend zur Höherqualifizierung. Schließlich wachse die Zahl ausländischer Studierender in Deutschland; bereits 2012 hatten rund 14 Prozent der Erstsemester ihre Hochschulzulassung nicht in der Bundesrepublik erworben.

Insgesamt besuchen 2,6 Millionen Studierende im laufenden Wintersemester Fachhochschulen und Universitäten – über eine halbe Million mehr als vor zehn Jahren und fünf Prozent mehr als im Wintersemester 2012/13. Die Studierendenzahlen an Fachhochschulen stiegen stärker als die an Universitäten.

<http://goo.gl/xyKoTe>

Jahresabschlussnote „Ungenügend“

Eine ausreichende Anzahl von Arbeitsplätzen, eine auf Dauer gesicherte Kaufkraft sowie Eigenverantwortlichkeit für die persönlichen Belange: Aspekte dieser drei grundsätzlichen Ziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben, werden Monat für Monat in diesem Infobrief betrachtet und gewertet.

Ein Rückblick auf die Wirtschaftspolitik der vergangenen zwölf Monate bereitet wenig Freude: Zwar gab es hin und wieder auch Positives zu berichten; doch von 36 möglichen Wertungen – je zwölf für Vollbeschäftigung, Eigenverantwortung und Geldwertstabilität – fielen lediglich sechs uneingeschränkt positiv ins Auge. 21 Mal wurde ein „Minus“ verteilt. Die restlichen neun Wertungen wurden mit „sowohl als auch“ gekennzeichnet, weil in den Meldungen aus Ministerien und Ämtern positive Aspekte gelobt und in den Vordergrund gerückt wurden, der berühmte „Haken“ an der jeweiligen Sache dagegen verschwiegen wurde oder missachtet blieb.

Vollbeschäftigung

Die Arbeitsmarkt-Entwicklung war 2013 eher durchwachsen. Bundesregierung und Bundesagentur für Arbeit (BA) wiesen stolz darauf hin, dass sowohl die Gesamtzahl der Erwerbstätigen als auch die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zugenommen hätten. Diese Entwicklung wurde zwei Mal positiv gewürdigt. Das reichte nicht aus, um ein durchweg optimistisches Bild vom Arbeitsmarkt zu zeichnen. Die Zahl der Arbeitslosen pendelte im Jahresverlauf um die drei Millionen, die

vermeldeten Rückgänge bei den Arbeitslosenzahlen lagen in der Mehrzahl der Monate unterhalb der Rückgänge des Vorjahres, in der zweiten Jahreshälfte sogar fast in jedem Monat. Auch die November-Statistik der BA belegt diese Entwicklung: Die Zahl der offiziellen Arbeitslosen stieg in Deutschland zwar nur leicht um 5 000 zum Vormonat. Im Vergleich zum November 2012 wuchs die Arbeitslosenzahl allerdings um 55 000 an. Offiziell gezählt wurden im November 2013 rund 2,8 Millionen Menschen ohne Arbeit.

Andere Teilbereiche des Arbeitsmarktes zeigten sich 2013 ebenfalls wenig Erfolg versprechend: So sank beispielsweise die Zahl der Empfänger von Arbeitslosengeld II, bekannter unter dem Schlagwort „Hartz IV“. Doch die Zahl sogenannter Aufstocker – Menschen, die vom Arbeitsverdienst allein nicht ihren Lebensunterhalt bestreiten können – ist gestiegen. Die Zahl der Erwerbstätigen ist zwar gewachsen, doch die Gesamtzahl der geleisteten Arbeitsstunden hat abgenommen.

Auch 2013 ist es nicht gelungen, allen jungen Menschen, die auf der Suche nach einer Ausbildungsstelle waren, eine adäquate Lehrstelle zu vermitteln. Das ist für eine

„Bildungsrepublik“, in der Politiker und Unternehmenslenker über „Fachkräftemangel“ diskutieren, eher dürftig. Allzu leicht gerät auch in Vergessenheit, dass nicht nur die rund drei Millionen offiziell gezählten Menschen ohne Arbeit von der bedrückenden Situation betroffen sind, sondern auch ihre Angehörigen müssen mit der prekären Situation zurechtkommen.

Eigenverantwortung

Vier Mal negativ, sieben unentschiedene Wertungen und lediglich ein Mal ein „Plus“: Die Möglichkeiten, sein Leben eigenverantwortlich gestalten zu können, wurden im laufenden Jahr nicht besser. Das Positive war – gemeldet im Frühjahr 2013 –, dass sowohl Unternehmen als auch private Haushalte weniger oft Insolvenz anmelden mussten; die wirtschaftliche Lage in Deutschland war hierfür ausschlaggebend.

Dass in der Rubrik „Eigenverantwortung“ das Negative überwog, hatte vielfältige Gründe: Die staatlich geförderte Riester-Rente provozierte Kritik. Bei der gesetzlichen Rentenversicherung wurde von politischer Seite allenthalben die „Weiterentwicklung“ thematisiert. Um die Zahlungsmoral in der Wirtschaft stand es nicht zum Besten. Erneut wurden 2013



„Aber jetzt können wir auf sicherer Grundlage sagen: Es wird keine Steuererhöhungen, keine höhere Neuverschuldung und keine höheren Rentenversicherungsbeiträge geben. Das ist alles seriös durchgerechnet. Wir sind da auf der sicheren Seite.“

Wolfgang Schäuble, Bundesminister der Finanzen

weniger Unternehmen gegründet. Der Staat droht sich bei der Energiewende in Aktionismus zu verstricken.

„Sowohl als auch“ wurde von der Im-Klartext-Redaktion beispielsweise gewertet, dass zwar die Zahl der Privatinsolvenzen sank, die Zahl der Überschuldungen privater Haushalte – erfahrungsgemäß der Vorläufer der Zahlungsunfähigkeit – aber anstieg; oder dass die Bürger zwar einigermaßen optimistisch in die Zukunft blickten, ihre Vorsorgeleistungen aber einschränken wollten.

Darüber hinaus erkennen viele Bürger, wie notwendig eine private Altersvorsorge wäre, aber längst nicht jedem war der Aufbau einer individuellen Vorsorge möglich. In Umfrage-Ergebnissen zeigte sich zudem, dass die Politik großen Anteil an mancher Verunsicherung hatte.

Geldwertstabilität

Zahlenmäßig wenig Erbauliches gab es 2013 auch in Bezug auf die Kaufkraft der Bürger zu berichten. Immerhin konnte drei Mal ein positives Urteil abgegeben werden: Der Anstieg der Verbraucherpreise blieb unter der von der Europäischen Zentralbank festgelegten Rate „nahe, aber unter zwei Prozent“, bei der die Inflation im Idealfall liegen soll. Auch bei Zwangsversteigerungen für Immobilien konnte „Entspannung“ vermerkt werden.

Die positiven Urteile wurden aber mehr als wettgemacht: Sinkende Zinsen dank Euro-Rettung, Kaufkraftverluste für Rentner, sinkende Sparquote und Geldillusion

bei den Sparern, politisch veranlasste Kostensteigerungen bei den Krankenkassen beispielsweise führten zu sechs negativen Wertungen.

Unentschieden wurde gewertet, dass in der zweiten Jahreshälfte zwar die Reallöhne insgesamt leicht stiegen, sich das Lohngefälle aber verstärkte.

Und nun? Große Koalition!

Auch wenn es den Bekundungen und dem Selbstverständnis der Politiker widersprechen mag: Für die Soziale Marktwirtschaft aus der Sicht von Ludwig Erhard war das Jahr 2013 ein Reinfall. Unabhängig von der weiterhin unterschwellig bestehenden Euro-Krise – ein Problemfeld, dass im zurückliegenden Wahlkampf kaum thematisiert und diskutiert wurde – muss darauf hingewiesen werden, dass bereits bei den grundsätzlichen Bedingungen für die Soziale Marktwirtschaft seit Jahren vieles ungelöst blieb und weiterhin im Argen liegt.

Die Politik stellt dagegen in der Präambel des vor Kurzem zwischen CDU, CSU und SPD vereinbarten Koalitionsvertrages fest: „Deutschland hat sich in den letzten Jahren wirtschaftlich so gut entwickelt wie kaum ein anderer Staat in Europa.“

Selbstverständlich wird allenthalben über Soziale Marktwirtschaft geschrieben und gesprochen. Auch der aktuelle Koalitionsvertrag greift das Schlagwort sieben Mal auf. In Politik und Wirtschaft spielt Soziale Marktwirtschaft aber allenfalls als Feigenblatt eine Rolle. Nur weil anstehen-

de politische Entscheidungen besonderes Gewicht oder weitreichende Folgen haben mögen, hat diese Politik noch lange nicht das Prädikat „im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft“ verdient.

Weichensteller allerorten

Die Beteiligten an den jüngsten Koalitionsverhandlungen sind dagegen überzeugt, die getroffene Vereinbarung stelle „die Weichen, dass Deutschland seinen erfolgreichen Weg fortsetzen kann“. Die Formulierung aus einer aktuellen Presseerklärung lässt vielleicht errahnen, warum es um die Soziale Marktwirtschaft schlecht bestellt ist: Marktwirtschaft wird seit Langem als Marktmechanik begriffen. „Jemand“ – in diesem Fall die großkoalitionäre Bundesregierung – stellt Weichen, und die Sache läuft. Diese Aussage suggeriert eine exakte Kenntnis der Prozesse, die tagtäglich millionenfach in Wirtschaft und Gesellschaft ablaufen. Die Weichensteller geben vor, sie könnten die Ergebnisse ihrer Entscheidungen präzise vorhersehen – wiewohl eine Anmaßung von Wissen.

Aus Sicht der Politik ist der optimistische Zukunftsblick verständlich. Immerhin raucht man sich derzeit zu einer Großen Koalition zusammen. In den kommenden vier Jahren lässt sich nun vieles initiieren sowie – trotz mancher Differenz im Detail – Zahlreiches regulieren und so einrichten, dass – zweiter Satz der Präambel des Koalitionsvertrages – „alle Menschen in Deutschland – Kinder, Frauen und Männer, Junge und Alte,

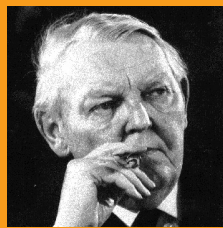
in Ost und West – ein gutes Leben führen können und unser Land auf seinem guten Weg weiter vorankommt“.

Dazu soll in den kommenden Jahren laut Vereinbarung gefördert werden, dass es nur so eine Lust hat: im Großen selbstverständlich Demokratie und Menschenrechte, im Kleinen von Arbeitsmarkt und Außenwirtschaft über Elektroautos und Mittelstand bis zur Zahngesundheit. Kein Bereich ist ausgenommen. Bei diesem Selbstverständnis von (Wirtschafts-)Politik ist es dann fast keine Überraschung mehr, dass die künftigen Großkoalitionäre die Breitbandversorgung – das „schnelle“ Internet – voranbringen und sogar darauf hinwirken wollen, „dass deutlich mehr Fahrradfahrer Helm tragen“.

Wohlstand per Dekret?

Wer Ludwig Erhards Konzeption kennt, dem dürfte klar sein: Wirtschaftliche Prosperität kann nicht durch Gesetze und Verordnungen herbeigeführt werden; Wohlstand für alle lässt sich nicht per Dekret erzwingen. Ziel einer der Sozialen Marktwirtschaft verpflichteten Regierung wäre, jedem Einzelnen die Freiheit zum Handeln zu lassen und auf Dauer zu garantieren, damit jeder weitgehend aus eigener Kraft für sich sorgen kann und keiner von den Almosen anderer leben muss. Politischer Aktivismus und eine noch so gut gemeinte Förderung von Interessen aller Art stehen einer an originärer Freiheit orientierten Konzeption wie der von Ludwig Erhard diametral entgegen.

Andreas Schirmer



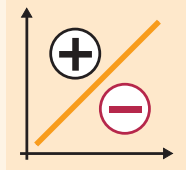
„Ich behaupte, dass diese moderne Art von Wirtschaftspolitik im höchsten Maß geeignet ist oder dazu beiträgt, die wirtschaftliche Freiheit zu unterhöhlen und – da es keine geteilte Freiheit gibt – im Letzten dem Kollektivismus Vorschub zu leisten.“

Ludwig Erhard

IM KLARTEXT

Dezember 2013

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im Dezember 2013

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung

Im Ausbildungsjahr 2012/13, das Ende September auslief, senkten die Unternehmen trotz „robuster Konjunktur“ die Zahl der Ausbildungsstellen um 1,3 Prozent. Noch stärker sank das außerbetriebliche Angebot, weil staatliche Förderprogramme wegfielen. Insgesamt zählte die Bundesagentur für Arbeit (BA) 504 500 Lehrstellen, knapp zweieinhalb Prozent weniger als im Vorjahr.

Von Anfang Oktober bis Mitte November waren 55 300 Bewerber für eine Ausbildungsstelle gemeldet, die „weiterhin, erneut oder erstmalig eine Ausbildung zum sofortigen Eintritt suchten“. Im „fünften Quartal“ eines Berufsausbildungsjahres – so nennt die BA die Zeit zwischen Oktober und

Dezember – sind demzufolge noch zahlreiche ausbildungswillige Jugendliche auf Ausbildungsplatz-Suche.

Begehrte sind vor allem Lehrstellen bei großen Dienstleistern und Industriebetrieben. Handwerksbetriebe wie Fleischer und Bäcker, aber auch Einzelhändler haben dagegen offensichtlich Schwierigkeiten, jungen Menschen berufliche Perspektiven aufzuzeigen. Die BA setzt nun auf die sogenannte Nachvermittlung bis zum Jahresende.

Eigenverantwortung

In einer Umfrage des Deutschen Gewerkschaftsbundes gaben rund 42 Prozent der Beschäftigten in Deutschland an, sie rechneten nicht damit, dass ihre gesetzliche Rente später einmal reichen wird. Nur noch jeder fünfte Befragte erwartet, dass er im Alter gut oder sehr gut von seiner Rente leben kann.

Aktuell lässt sich feststellen, dass Rentner auf Mini-Jobs setzen. Derzeit arbeiten der Bundesagentur für Arbeit zufolge rund 812 000 in einem Mini-Job, das entspricht etwa vier

Altersrente

Durchschnittsrente in Euro, Stand 31.12.2012

alte Bundesländer, Frauen	508
Männer	1 005
Frauen und Männer	732
neue Bundesländer, Frauen	730
Männer	1 073
Frauen und Männer	871

Quelle: Deutsche Rentenversicherung

Prozent der Rentner. Rund 128 000 von ihnen sind sogar älter als 74 Jahre. Die Zahl sozialversicherungspflichtig beschäftigter Rentner hat sich in den vergangenen zehn Jahren fast verdreifacht, auf mittlerweile 171 000.

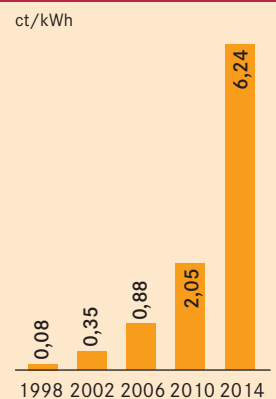
Geldwertstabilität

Die durch die Politik in Gang gesetzte Energiewende führt gleich zu Jahresbeginn 2014 zu höheren Strompreisen. Neu eingeführt wird die „Umlage für abschaltbare Lasten“. Im Prinzip geht es darum, dass große Stromverbraucher ihren Verbrauch herunterfahren oder abschalten, wenn „Blackouts“ drohen. Im Gegenzug zahlen die Übertragungsnetzbetreiber dann eine Entschä-

digung, die anfallenden Kosten werden mit der „Abschalt-Umlage“ – 2014 in Höhe von 0,009 ct/kWh – auf die Endverbraucher überwältzt.

Auch die EEG-Umlage steigt zum Jahresbeginn 2014 von 5,277 auf 6,24 ct/kWh. Die Umlage für die Kraftwärmekopplung legt um rund 0,05 ct/kWh zu und beträgt dann 1,78 ct/kWh. Für den durchschnittlichen Drei-Personen-Haushalt mit einem Stromverbrauch von 3 500 kWh pro Jahr sind das Mehrausgaben von rund 52 Euro, Mehrwertsteuer noch nicht eingerechnet.

EEG-Umlage



Quelle: Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft

Berufsausbildung

	Bewerber	Lehrstellen
2008/09	559 840	475 391
2009/10	556 062	483 519
2010/11	543 030	519 555
2011/12	559 877	517 086
2012/13	561 168	504 542

jeweils 1.10. bis 30.9. des Folgejahres
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johannerstraße 8 · 53113 Bonn
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
Redaktion: Andreas Schirmer · Foto: BMFi/Illa C. Hendel
Druck und Herstellung: Druckerei Engelhardt GmbH, Neunkirchen
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard